



Planzeichenerklärung:
Signaturen gemäß der Verordnung über die Ausarbeitung der Baupläne und die Darstellung des Planmateriales (Planzeicherverordnung 1990 - PlanZV 90)
Art der baulichen Nutzung (§ 5 Abs. 2 Nr. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches - BauGB, §§ 11 bis 14 der BauNutzungsverordnung - BauNVO)
a) Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO ist die gemäß § 9 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO sonst ausnahmsweise zulässige Nutzung nicht zulässig (Wohnungen).
b) Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO ist die gemäß § 9 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO sonst ausnahmsweise zulässige Nutzung nicht zulässig (Wohnungen).

Verfahrensvermerke:
Präambel
Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Novelle vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) der §§ 66 und 64 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) vom 03.04.2012 (Nds. GVBl. S. 46 – VORIS 21073) und des § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 570), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 17.11.2011 (Nds. GVBl. S. 422) hat der Rat der Stadt Melle diesen Bebauungsplan, bestehend aus den nachstehenden textlichen Festsetzungen, der Planzeichnung, der örtlichen Bauvorschrift und der Begründung, als Satzung beschlossen.

1. Planungsrechtliche Festsetzungen
gem. § 9 Abs. 1 BauGB und § 31 BauGB

Die bestehenden Bebauungspläne werden mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Gesmold - Änderung und Erweiterung“ für diesen Geltungsbereich ersetzt.

1.1 Art der baulichen Nutzung
1.1.1 Eingeschränktes Industriegebiet (Gle 1) gem. § 9 BauNVO
Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO ist die gemäß § 9 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO sonst ausnahmsweise zulässige Nutzung nicht zulässig (Wohnungen).
1.1.2 Eingeschränktes Industriegebiet (Gle 2 + Gle 3) gem. § 9 BauNVO
a) Gemäß § 1 Abs. 5 BauNutzungsverordnung (BauNVO) ist die gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO sonst allgemein zulässige Nutzung nicht zulässig (Tafelstellen).
b) Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO ist die gemäß § 9 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO sonst ausnahmsweise zulässige Nutzung nicht zulässig (Wohnungen).

1.2 Maß der baulichen Nutzung
Für das Industriegebiet wurde eine maximale Gebäudehöhe von 15 m über gewachsener Geländeoberfläche festgelegt.

1.3 Überbaubare Grundstücksfläche
Für das Industriegebiet wurde eine maximale GRZ von 0,8 festgelegt festgelegt.

1.4 Ausnahmen
Eine Überschreitung der maximalen Gebäudehöhe ist entlang der Westerhausener Straße (K 221) nicht zulässig.
Ansonsten ist eine Überschreitung der maximalen Gebäudehöhe um maximal 2 Meter zulässig, insofern betriebsbedingte Gründe die Überschreitung notwendig machen und die umliegende Bebauung nicht beeinträchtigt wird.
Die Überschreitung der Baugrenze soll nur in Richtung erschließende Straße zugelassen werden, soweit es das Bauordnungsrecht ermöglicht.

1.5 Immissionschutz
2.5.1 Das Plangebiet ist entsprechend § 1 Absatz 4 Satz 1 Nr. 2 der BauNVO hinsichtlich der schalltechnischen Bedürfnisse und Eigenschaften gegliedert.
2.5.2 In den vorgegebenen Gebieten dürfen nur Anlagen und Einrichtungen errichtet und betrieben werden, die die folgenden Schall-Emissionskontingente L_{eq} nicht überschreiten:
Industriegebiet (G1 1) tagsüber 62 dB(A) nachts 47 dB(A)
Industriegebiet (G1 2) tagsüber 62 dB(A) nachts 47 dB(A)
Industriegebiet (G1 3) tagsüber 61 dB(A) nachts 46 dB(A)

1.6 Umweltebelange
1.6.1 Die Vorschriften des besonderen Artenschutzgesetzes des § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und des allgemeinen Artenschutzgesetzes des § 39 BNatSchG sind zu beachten. Zur Vermeidung der Zerstörung oder Beschädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten besonders und streng geschützter Arten (vgl. § 7 Abs. 2 Nr. 13 und 14 BNatSchG) sind Baumaßnahmen, die zu einer Zerstörung von Nestern geschützter Vögelarten führen können, außerhalb der Brutzeit durchzuführen (Anfang Oktober bis Ende Februar). Sind Baumaßnahmen in dieser Zeit zwingend erforderlich, sind diese nur zulässig, wenn zuvor durch einen Sachverständigen für Vogelkunde festgestellt wird, dass keine geschützten Arten auf den betroffenen Flächen brüten und die untere Naturschutzbehörde über dieses Ergebnis informiert wurde.
1.6.2 Beleuchtete Reklamewände sind nicht zulässig. Beleuchtete Firmenschilder sind bis zu einer Größe von 30 m² zulässig. Für die Beleuchtung von Straßen, Parkplatz und Betriebsflächen sind insektenfreundliche Lampen und Leuchtmittel zu verwenden. Es sind Leuchtmittel mit einem insektenfreundlichen bzw. geringen Spektralbereich zu verwenden, z.B. LED-Lampen oder Natrium-Dampf Lampen (Spektralbereich 570 bis 630 nm). Es sind geschlossene Lampentypen mit einer Lichtabschirmung (Abblendung) nach oben und zur Seite zu verwenden. Um großräumige Anlockwirkungen zu vermeiden, wird die zulässige Aufstellhöhe von Lichtquellen auf 20 m über Gelände beschränkt. Grundsätzlich ist eine größere Zahl niedrig angebrachter Leuchten mit energieschwächeren Lampen besser als wenige lichtstarke Lampen auf hohen Masten.
1.6.3 Die Ausgleichsflächen sind entsprechend dem im Umweltbericht der gestellten Maßnahmen- und Gestaltungskonzept herzustellen. Anzulegen sind ein bepflanzter Landschaftswall und extensive Grünflächen oder Ruderalflächen mit Blänken und naturnahen Klingengräsen.

1.7 Hochwasserschutz
Die Einbauhöhe bei einem 100-jährigen Niederschlagsereignis liegt in diesem Bereich bei 77,50m über NN. Aus Gründen des Hochwasserschutzes sind die Gebäude auf 78,00m über NN zu errichten.

2.0 Örtliche Bauvorschriften
Gestalterische Festsetzungen:
Die Außenfassaden der Gewerbebauten sind mit gebrochenen Farbtönen zu gestalten (RAL 1000, 1001, 1002, 1011, 1013, 1014, 1015, 1020, 1024, 1027, 3012, 6013, 5024, 6019, 7002, 7003, 7034, 7036, 9018).
Ausschließlich weiße Farbtöne – z.B. RAL 9001, 9002, 9003 und 9010 – sind nur zulässig, wenn sie entweder – durch farbige Fensterläden oder Gliederungselemente anderer Art deutlich erkennbar unterbrochen sind, oder mit farbigen Fassadenverkleidungen – z.B. RAL – Töne ab oben, teilweise (mindestens 30%) vermischt bzw. verknüpft werden. Zulässig sind auch weiße Farbtöne, wenn sie durch Fassadenbegrünungen in einer Fläche von mindestens 30% unterbrochen bzw. gegliedert werden.

3. Nachhaltige Übernahmen gem. § 9 Abs. 6 BauGB und sonstige Hinweise
3.1 Mit Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes werden die im Geltungsbereich bisher rechtswirksamen Bebauungspläne „Gewerbegebiet Gesmold“ sowie „Gewerbegebiet nördlich der Autobahn“ unwirksam. Sie werden durch diesen Bebauungsplan ersetzt.
Die Gestaltungssatzung an der A30 der Stadt Melle bleibt in ihren Inhalten auch für den Bebauungsplan „Gewerbegebiet Gesmold - Änderung und Erweiterung“ unverändert und rechtskräftig erhalten.
Es wird darauf hingewiesen, dass die Stoffverordnung (12. BImSchV) i.V.m. den Abstandsempfehlungen für Anlagensicherheit zu beachten ist.
Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Bewirtschaftung der den Planungsraum angrenzenden wirtschaftlichen Nutzflächen insbesondere zu Vegetationsplanung und zum Schutz der Erde zwingend gezielte Grünschnitt-, Stauch- und Geruchsemissionen auftreten können. Dieses ist unvermeidbar und als örtlich hinzunehmen.
3.2 Erschließung
Die Zuwegung zu in der Planzeichnung dargestellten Transformatorstationen müssen auch für Großfahrzeuge und Großgeräte frei gehalten werden.
Bei evtl. Tiefbauarbeiten ist auf die vorhandenen erdverlegten Versorgungseinrichtungen Rücksicht zu nehmen, damit Schäden und Unfälle vermieden werden. Sachschäden in der Nähe der Versorgungseinrichtung sind von Hand auszubessern. Die bauauftragenden Firmen sollen sich rechtzeitig vor Inangriffnahme der Bauarbeiten mit dem Netzbetrieb der RWE Melle, Telefon 05422 984-1912, in Verbindung setzen, damit der Verlauf der Versorgungseinrichtungen vor Ort angezeigt werden kann.
Bei Arbeiten im Bereich der Telekommunikationsleitungen der EWE muss ein Abstand eingehalten werden, der eine Schädigung ausschließt. In Leertiefen sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht, nach Absprache mit der Meisterin in Osnabrück, Tel. 0541 760298-430, durchzuführen.
3.3 Bundesautobahn
Erdbewegungen größeren Umfangs (Abgrabungen und Aufschüttungen) fallen ebenfalls unter die Verordnungen des § 9 FStG.
Im Abstand von 40 m – 100 m vom befahrenen Fahrbahnrand (Standstreifen) der Bundesautobahn 30 (Baubeschützungszone) dürfen Werbeanlagen im Blickfeld der Straße nicht ohne Zustimmung der Straßenbauverwaltung errichtet werden (§ 9 Abs. 6 FStG).

Planunterlage
Geschaftsarchiv
L 4 - 102 / 2010

Kartengrundlage:
Liegenschaftskarte
Maßstab: 1:1000
Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung
© Oktober 2010

Herausgeber:
Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (LGLN) Regionaldirektion Osnabrück
Angaben und Präsentationen des amtlichen Vermessungswesens sind durch das Niedersächsische Gesetz über das amtliche Vermessungswesen (NvrmG) sowie durch das Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) geschützt.
Die Verwendung für nichtöffentliche oder für wirtschaftliche Zwecke und die öffentliche Wiedergabe von Angaben des amtlichen Vermessungswesens und von Standortinformationen ist ohne Erlaubnis der zuständigen Vermessungs- und Katasterbehörde zulässig.
Keine Erlaubnis bedarf:
1. die Verwendung von Angaben des amtlichen Vermessungswesens und von Standortinformationen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises durch kommunale Körperschaften,
2. die öffentliche Wiedergabe von Angaben des amtlichen Vermessungswesens und von Standortinformationen durch kommunale Körperschaften, soweit diese im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung eigene Informationen für Dritte bereitstellen....
(Auszug aus § 5 Absatz 3 NvrmG.)

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt der Liegenschaftskarte und weist die statisch bedingten baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 30.11.2010). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.
Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Öffentlichkeit ist einwandfrei möglich.

Osnabrück, den 05.03.2013

Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (LGLN)
Regionaldirektion Osnabrück
Katasteramt

L.S. gez. D. Eckert, VmOR (Unterschrift)

Textliche Festsetzungen

1. Planungsrechtliche Festsetzungen
gem. § 9 Abs. 1 BauGB und § 31 BauGB

Die bestehenden Bebauungspläne werden mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Gesmold - Änderung und Erweiterung“ für diesen Geltungsbereich ersetzt.

1.1 Art der baulichen Nutzung
1.1.1 Eingeschränktes Industriegebiet (Gle 1) gem. § 9 BauNVO
Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO ist die gemäß § 9 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO sonst ausnahmsweise zulässige Nutzung nicht zulässig (Wohnungen).
1.1.2 Eingeschränktes Industriegebiet (Gle 2 + Gle 3) gem. § 9 BauNVO
a) Gemäß § 1 Abs. 5 BauNutzungsverordnung (BauNVO) ist die gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO sonst allgemein zulässige Nutzung nicht zulässig (Tafelstellen).
b) Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO ist die gemäß § 9 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO sonst ausnahmsweise zulässige Nutzung nicht zulässig (Wohnungen).

1.2 Maß der baulichen Nutzung
Für das Industriegebiet wurde eine maximale Gebäudehöhe von 15 m über gewachsener Geländeoberfläche festgelegt.

1.3 Überbaubare Grundstücksfläche
Für das Industriegebiet wurde eine maximale GRZ von 0,8 festgelegt festgelegt.

1.4 Ausnahmen
Eine Überschreitung der maximalen Gebäudehöhe ist entlang der Westerhausener Straße (K 221) nicht zulässig.
Ansonsten ist eine Überschreitung der maximalen Gebäudehöhe um maximal 2 Meter zulässig, insofern betriebsbedingte Gründe die Überschreitung notwendig machen und die umliegende Bebauung nicht beeinträchtigt wird.
Die Überschreitung der Baugrenze soll nur in Richtung erschließende Straße zugelassen werden, soweit es das Bauordnungsrecht ermöglicht.

1.5 Immissionschutz
2.5.1 Das Plangebiet ist entsprechend § 1 Absatz 4 Satz 1 Nr. 2 der BauNVO hinsichtlich der schalltechnischen Bedürfnisse und Eigenschaften gegliedert.
2.5.2 In den vorgegebenen Gebieten dürfen nur Anlagen und Einrichtungen errichtet und betrieben werden, die die folgenden Schall-Emissionskontingente L_{eq} nicht überschreiten:
Industriegebiet (G1 1) tagsüber 62 dB(A) nachts 47 dB(A)
Industriegebiet (G1 2) tagsüber 62 dB(A) nachts 47 dB(A)
Industriegebiet (G1 3) tagsüber 61 dB(A) nachts 46 dB(A)

1.6 Umweltebelange
1.6.1 Die Vorschriften des besonderen Artenschutzgesetzes des § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und des allgemeinen Artenschutzgesetzes des § 39 BNatSchG sind zu beachten. Zur Vermeidung der Zerstörung oder Beschädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten besonders und streng geschützter Arten (vgl. § 7 Abs. 2 Nr. 13 und 14 BNatSchG) sind Baumaßnahmen, die zu einer Zerstörung von Nestern geschützter Vögelarten führen können, außerhalb der Brutzeit durchzuführen (Anfang Oktober bis Ende Februar). Sind Baumaßnahmen in dieser Zeit zwingend erforderlich, sind diese nur zulässig, wenn zuvor durch einen Sachverständigen für Vogelkunde festgestellt wird, dass keine geschützten Arten auf den betroffenen Flächen brüten und die untere Naturschutzbehörde über dieses Ergebnis informiert wurde.
1.6.2 Beleuchtete Reklamewände sind nicht zulässig. Beleuchtete Firmenschilder sind bis zu einer Größe von 30 m² zulässig. Für die Beleuchtung von Straßen, Parkplatz und Betriebsflächen sind insektenfreundliche Lampen und Leuchtmittel zu verwenden. Es sind Leuchtmittel mit einem insektenfreundlichen bzw. geringen Spektralbereich zu verwenden, z.B. LED-Lampen oder Natrium-Dampf Lampen (Spektralbereich 570 bis 630 nm). Es sind geschlossene Lampentypen mit einer Lichtabschirmung (Abblendung) nach oben und zur Seite zu verwenden. Um großräumige Anlockwirkungen zu vermeiden, wird die zulässige Aufstellhöhe von Lichtquellen auf 20 m über Gelände beschränkt. Grundsätzlich ist eine größere Zahl niedrig angebrachter Leuchten mit energieschwächeren Lampen besser als wenige lichtstarke Lampen auf hohen Masten.
1.6.3 Die Ausgleichsflächen sind entsprechend dem im Umweltbericht der gestellten Maßnahmen- und Gestaltungskonzept herzustellen. Anzulegen sind ein bepflanzter Landschaftswall und extensive Grünflächen oder Ruderalflächen mit Blänken und naturnahen Klingengräsen.

1.7 Hochwasserschutz
Die Einbauhöhe bei einem 100-jährigen Niederschlagsereignis liegt in diesem Bereich bei 77,50m über NN. Aus Gründen des Hochwasserschutzes sind die Gebäude auf 78,00m über NN zu errichten.

2.0 Örtliche Bauvorschriften
Gestalterische Festsetzungen:
Die Außenfassaden der Gewerbebauten sind mit gebrochenen Farbtönen zu gestalten (RAL 1000, 1001, 1002, 1011, 1013, 1014, 1015, 1020, 1024, 1027, 3012, 6013, 5024, 6019, 7002, 7003, 7034, 7036, 9018).
Ausschließlich weiße Farbtöne – z.B. RAL 9001, 9002, 9003 und 9010 – sind nur zulässig, wenn sie entweder – durch farbige Fensterläden oder Gliederungselemente anderer Art deutlich erkennbar unterbrochen sind, oder mit farbigen Fassadenverkleidungen – z.B. RAL – Töne ab oben, teilweise (mindestens 30%) vermischt bzw. verknüpft werden. Zulässig sind auch weiße Farbtöne, wenn sie durch Fassadenbegrünungen in einer Fläche von mindestens 30% unterbrochen bzw. gegliedert werden.

3. Nachhaltige Übernahmen gem. § 9 Abs. 6 BauGB und sonstige Hinweise
3.1 Mit Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes werden die im Geltungsbereich bisher rechtswirksamen Bebauungspläne „Gewerbegebiet Gesmold“ sowie „Gewerbegebiet nördlich der Autobahn“ unwirksam. Sie werden durch diesen Bebauungsplan ersetzt.
Die Gestaltungssatzung an der A30 der Stadt Melle bleibt in ihren Inhalten auch für den Bebauungsplan „Gewerbegebiet Gesmold - Änderung und Erweiterung“ unverändert und rechtskräftig erhalten.
Es wird darauf hingewiesen, dass die Stoffverordnung (12. BImSchV) i.V.m. den Abstandsempfehlungen für Anlagensicherheit zu beachten ist.
Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Bewirtschaftung der den Planungsraum angrenzenden wirtschaftlichen Nutzflächen insbesondere zu Vegetationsplanung und zum Schutz der Erde zwingend gezielte Grünschnitt-, Stauch- und Geruchsemissionen auftreten können. Dieses ist unvermeidbar und als örtlich hinzunehmen.
3.2 Erschließung
Die Zuwegung zu in der Planzeichnung dargestellten Transformatorstationen müssen auch für Großfahrzeuge und Großgeräte frei gehalten werden.
Bei evtl. Tiefbauarbeiten ist auf die vorhandenen erdverlegten Versorgungseinrichtungen Rücksicht zu nehmen, damit Schäden und Unfälle vermieden werden. Sachschäden in der Nähe der Versorgungseinrichtung sind von Hand auszubessern. Die bauauftragenden Firmen sollen sich rechtzeitig vor Inangriffnahme der Bauarbeiten mit dem Netzbetrieb der RWE Melle, Telefon 05422 984-1912, in Verbindung setzen, damit der Verlauf der Versorgungseinrichtungen vor Ort angezeigt werden kann.
Bei Arbeiten im Bereich der Telekommunikationsleitungen der EWE muss ein Abstand eingehalten werden, der eine Schädigung ausschließt. In Leertiefen sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht, nach Absprache mit der Meisterin in Osnabrück, Tel. 0541 760298-430, durchzuführen.
3.3 Bundesautobahn
Erdbewegungen größeren Umfangs (Abgrabungen und Aufschüttungen) fallen ebenfalls unter die Verordnungen des § 9 FStG.
Im Abstand von 40 m – 100 m vom befahrenen Fahrbahnrand (Standstreifen) der Bundesautobahn 30 (Baubeschützungszone) dürfen Werbeanlagen im Blickfeld der Straße nicht ohne Zustimmung der Straßenbauverwaltung errichtet werden (§ 9 Abs. 6 FStG).

Verfahrensvermerke:
Präambel
Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Novelle vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) der §§ 66 und 64 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) vom 03.04.2012 (Nds. GVBl. S. 46 – VORIS 21073) und des § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 570), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 17.11.2011 (Nds. GVBl. S. 422) hat der Rat der Stadt Melle diesen Bebauungsplan, bestehend aus den nachstehenden textlichen Festsetzungen, der Planzeichnung, der örtlichen Bauvorschrift und der Begründung, als Satzung beschlossen.

Melle, den 01.11.2012 L.S. gez. Berghöffer Bürgermeister

Der Rat der Stadt Melle hat in seiner Sitzung am 10.12.2010 die Aufhebung der Änderung des Bebauungsplanes beschlossen. Der Aufhebungsbeschluss wurde am 12.11.2011 ortsüblich bekannt gemacht.

Melle, den 01.11.2012 L.S. gez. Berghöffer Bürgermeister

Die Änderung des Bebauungsplanes wurde vom Baudezernat der Stadt Melle ausgearbeitet.

Melle, den 05.11.2012 L.S. gez. Schönfeld Stadtbaurat

Der Rat der Stadt Melle hat in seiner Sitzung am 27.06.2012 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 07.07.2012 ortsüblich bekannt gemacht. Der Entwurf der Änderung des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 16.07.2012 bis 17.08.2012 gem. § 3 (2) BauGB öffentlich ausgelegt.

Melle, den 01.11.2012 L.S. gez. Berghöffer Bürgermeister

Der Rat der Stadt Melle hat die Änderung des Bebauungsplanes nach Prüfung der Behörden und Anwohner gem. § 3 (2) BauGB in seiner Sitzung am 17.10.2012 als Satzung § 10 BauGB sowie die Begründung beschlossen.

Melle, den 01.11.2012 L.S. gez. Berghöffer Bürgermeister

Die Änderung des Bebauungsplanes ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB am 02.03.2013 ortsüblich bekannt gemacht worden.

Die Änderung des Bebauungsplanes ist damit am 02.03.2013 rechtsverbindlich geworden.

Melle, den 07.03.2013 L.S. gez. Berghöffer Bürgermeister

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Änderung des Bebauungsplanes ist eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gem. § 214 Abs. 1 Nr. 1 – 3 BauGB nicht geltend gemacht worden (§ 215 Abs. 1 BauGB).

Melle, den 24.06.2014 L.S. gez. Scholz Bürgermeister

Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten der Änderung des Bebauungsplanes ist eine Verletzung von Mängeln der Abwägung nicht geltend gemacht worden (§ 215 Abs. 1 Nr. 2 BauGB).

Melle, den Bürgermeister

Übersichtskarte M 1:5000

Entwurfsbearbeitung: Melle, August 2013

bezeichnet: Datum: gezeichnet

gezeichnet: Melle, August 2013

gezeichnet: Melle, August 2013

Bebauungsplan
"Gewerbegebiet Gesmold - Änderung und Erweiterung" mit örtlicher Bauvorschrift
Stadtteil: Melle - Gesmold

Bebauungsplan:
Abschrift